**AUSZUG AUS DEM
WORTPROTOKOLL**

der 30. Sitzung der

XIX. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 31. Jänner 2008

10.13 Uhr - 16.05 Uhr

Tagesordnung

- 1.
2. *Landesvertragsbedienstetengesetz 1985, Änderung*
3. *9. Novelle zum Burgenländischen Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997*
4. *6. Novelle zum Gemeindebedienstetengesetz 1971*
- 5.
- 6.
- 7.

Verhandlungen

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 703), mit dem das Landesvertragsbedienstetengesetz 1985 geändert wird (Zahl 19 - 430) (Beilage 710)

Berichterstatter: Vinzenz K n o r (S. 4664)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 4678)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 704), mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997 geändert wird (9. Novelle zum Burgenländischen Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997) (Zahl 19 - 431) (Beilage 711)

Berichterstatter: Vinzenz K n o r (S. 4665)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 4679)

Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 701), mit dem das Gemeindebedienstetengesetz 1971 geändert wird (6. Novelle zum Gemeindebedienstetengesetz 1971) (Zahl 19 - 428) (Beilage 712)

Berichterstatter: Mag. Georg P e h m (S. 4666)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 4679)

Gemeinsame Debatte:

Redner: Maga. Margarethe K r o j e r (S. 4666), Johann T s c h ü r t z (S. 4668), Oswald K l i k o v i t s (S. 4670 u. S. 4677), Ewald G o s s y (S. 4674) und Vinzenz K n o r (S. 4675)

2. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 703) mit dem das Landesvertragsbedienstetengesetz 1985 geändert wird (Zahl 19 - 430) (Beilage 710)

3. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 704) mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997 geändert wird (9. Novelle zum Burgenländischen Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997) (Zahl 19 - 431) (Beilage 711)

4. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 701) mit dem das Gemeindebedienstetengesetz 1971 geändert wird (6. Novelle zum Gemeindebedienstetengesetz 1971) (Zahl 19 - 428) (Beilage 712)

Präsident Walter Prior (*das Glockenzeichen gebend*): Meine Damen und Herren! Der 2., 3. und 4. Punkt der Tagesordnung stehen in einem inhaltlichen Zusammenhang. Ich schlage daher eine gemeinsame Behandlung vor. (*Zwiegespräch der Abg. Maga. Margarethe Krojer*) Es soll demnach zuerst die getrennte... Frau Kollegin Krojer! Wenn Sie öfter reden wollen, dann könnten Sie mit mir Platz tauschen, aber dazu müssten Sie etwas zulegen und das wird noch einige Zeit dauern. Aber jetzt bin ich am Wort. (*Allgemeine Heiterkeit - Abg. Mag. Josko Vlasich: Das ist unzulässig! Herr Präsident, solche Feststellungen sind unzulässig!*) Was ist unzulässig? Warum ist das unzulässig, Herr Kollege?

(*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Weil Ihr nicht zulegen müsstet, sondern man bräuchte Euch doch nur zu wählen.*) Natürlich, das meine ich ja. Aber das wird sich in dieser Periode nicht mehr ausgehen, Herr Kollege Strommer, nehme ich an. (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: Als Landtagspräsident könnten Sie sich dieser Polemik enthalten. - Abg. Christian Illredits: Reinsten Populismus! - Abg. Josko Vlasich: Das kann man sich wirklich ersparen. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*) Frau Kollegin, wenn Sie hier heroben sitzen und wenn Sie sich anschauen, was sich hier unten abspielt, dann bin ich sehr glücklich, dass die jungen Leute, die heute hier gesessen sind, nicht mehr da sind.

Es soll demnach zuerst die getrennte Berichterstattung über den 2., 3. und 4. Punkt der Tagesordnung erfolgen und anschließend eine gemeinsame Debatte durchgeführt werden. Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich getrennt. Erhebt sich gegen die Vorgangsweise ein Einwand? -

Das ist nicht der Fall. Mein Vorschlag ist somit angenommen.

Der 2. Punkt ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget und Haushaltsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 703, mit dem das Landesvertragsbedienstetengesetz 1985 geändert wird, Zahl 19 - 430, Beilage 710.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Vinzenz Knor.

Bitte um ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Vinzenz Knor: Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Landesvertragsbedienstetengesetz 1985 geändert, wird in ihrer 23. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 16. Jänner 2008, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende seiner Wortmeldung stellte Landtagsabgeordneter Ing. Rudolf Strommer einen Vertagungsantrag.

Es folgten Wortmeldungen der Landtagsabgeordneten Christian Illedits und Ing. Rudolf Strommer.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vom Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer gestellte Vertagungsantrag mit den Stimmen der SPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich abgelehnt.

Der von mir gestellte Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Landesvertragsbedienstetengesetz 1985 geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Walter Prior: Danke Herr Berichterstatter. Würde Sie ersuchen, gleich hier zu bleiben, Herr Abgeordneter beziehungsweise Berichterstatter für den nächsten Punkt der Tagesordnung, den 3. Punkt.

Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 704, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997 geändert wird. (9. Novelle zum Burgenländischen Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997), Zahl 19 - 431, Zahl 711.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Vinzenz Knor: Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997 geändert wird (9. Novelle zum Burgenländischen Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997) in ihrer 23. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 16. Jänner 2008, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997 geändert wird (9. Novelle zum Burgenländischen Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997), die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Walter Prior: Danke. Berichterstatter zum 4. Punkt der Tagesordnung ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Georg Pehm. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 701, mit dem das Gemeindebedienstetengesetz 1971 geändert wird (6. Novelle zum Gemeindebedienstetengesetz 1971), Zahl 19 - 428, Beilage 712.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Georg Pehm: Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Der Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf, mit dem das Gemeindebedienstetengesetz 1971 geändert wird (6. Novelle zum Gemeindebedienstetengesetz 1971) in seiner 22. Sitzung am Mittwoch, dem 16. Jänner 2008, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzesentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf mit dem das Gemeindebedienstetengesetz 1971 geändert wird (6. Novelle zum Gemeindebedienstetengesetz 1971), die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Walter Prior: Danke Herr Abgeordneter. Meine Damen und Herren! Ehe ich dem ersten Redner das Wort erteile, möchte ich mitteilen, dass General- und Spezialdebatte unter einem durchgeführt werden. Als erster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Maga. Margarethe Krojer das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Maga. Margarethe Krojer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Möchte vielleicht noch auf das Bezug nehmen, was Sie vorher gesagt haben. Ich finde, das war jenseits der parlamentarischen Etikette und sollte einem Landtagspräsidenten in dieser Funktion nicht passieren.

Sie wissen ganz genau, dass die Funktion des Landtagspräsidenten von der Mehrheit hier abhängig ist und die war nicht immer so wie jetzt. Es waren unsere Wählerinnen und Wähler die das beim letzten Mal mitentschieden haben. *(Beifall bei den Grünen)*

Präsident Walter Prior: Frau Kollegin Krojer! Sie müssen aber schon zur Kenntnis nehmen, dass auch ein Landtagspräsident eine Meinung haben kann. Bitte setzen Sie fort mit Ihrer Rede. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Ja schon, aber sicher keine parteipolitische Meinung. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Abgeordnete Maga. Margarethe Krojer (GRÜNE) (fortsetzend): Es stehen drei Gesetzesnovellen zur Beschlussfassung vor: Das Landesvertragsbedienstetengesetz, das Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz und das Gemeindebedienstetengesetz. Wir werden dem Landesvertragsbedienstetengesetz und dem Gemeindebedienstetengesetz unsere Zustimmung erteilen. Zum 3. nehme ich dann noch Stellung, warum wir dem nicht unsere Zustimmung erteilen.

Ich möchte dabei drei Punkte herausgreifen, die jetzt geändert werden. Das eine ist die Schaffung gesetzlicher Ausbildungs- und Prüfungsvorschriften für die Landesvertragsbediensteten und die gesetzliche Verpflichtung einer dienstlichen Grundausbildung. Das gibt es bereits für die Landesbeamtinnen und -beamten. Das ist gesetzlich dort längst geregelt. Für die Landesvertragsbediensteten fehlen solche Vorschriften.

Dass das jetzt in das Gesetz übertragen wird, finden wir gut. Die erfolgreich abgelegte Grundausbildung ist - wie bereits bisher - die Voraussetzung für die Gewährung einer Ergänzungszulage in den Entlohnungsgruppen a - d. Das ist für uns nachvollziehbar.

Ich gehe davon aus, dass das im Einvernehmen mit der Personalvertretung auch so entschieden worden ist.

Eine weitere Änderung erfährt das Landesvertragsbedienstetengesetz durch die gesetzliche Regelung der Ergänzungszulagen. Seit 1973 werden aufgrund von Beschlüssen der Landesregierung diese Ergänzungszulagen gewährt.

Die derzeitige Grundlage für diese Ergänzungszulagen bildet die Regelung über Sonderverträge, die bisher allerdings ein unbefriedigendes und unzulängliches Instrumentarium dargestellt hat. Die gesetzliche Regelung bietet mehr Transparenz und wird daher von uns auch begrüßt.

Ein 3. großer Punkt ist die leistungsgerechte und funktionsorientierte Entlohnung für Vertragsbedienstete. Hier gibt es auch den Verordnungsentwurf. Derzeit sind in leitenden Positionen nur Beamtinnen und Beamte tätig. Wir wissen, dass Pragmatisierungsstopp ein sehr beliebtes Schlagwort ist und dass es heute opportun ist, sich gegen Pragmatisierungen auszusprechen.

Aufgrund des Pragmatisierungsstopps ergibt sich im Landesdienst aber die Notwendigkeit, dass auch Führungs- und Fachfunktionen gesetzlich neu geregelt werden, denn für die Landesvertragsbediensteten gibt es kein für Führungsfunktionen adäquates leistungsgerechtes und funktionsorientiertes Entlohnungssystem. Funktionszulagen sollen jetzt, in Anlehnung an die Entlohnung bei den Beamtinnen und Beamten in Führungs- und Fachfunktionen, auch für die Landesvertragsbediensteten eingeführt werden.

Diese Funktionszulagen sollen für die Dauer der jeweiligen Funktion zum Entgelt der Vertragsbediensteten gewährt werden. Auch dafür sprechen wir uns aus. Dem Beamten-Dienstrechtsgesetz werden wir nicht zustimmen, denn es steht im unmittelbaren Zusammenhang mit der befristeten Bestellung von AbteilungsvorständInnen und Bezirkshauptfrauen und -männern im Objektivierungsgesetz.

Da dieses Gesetz in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Objektivierungsgesetz steht und wir diesem aber nicht zustimmen werden, sind wir auch gegen diese Bestimmungen im Beamten-Dienstrechtsgesetz, welches eine Lockerung des Versetzungsschutzes für die Beamtinnen und Beamten vorsieht.

Warum wir gegen diese Regelung sind, möchte ich auch kurz ausführen, weil wir auch gegen die befristete Bestellung im Ausmaß von fünf Jahren von AbteilungsvorständInnen und Bezirkshauptfrauen und -männern sind. Die Bestellung dieser Funktionen soll in Zukunft nur mehr befristet auf die Dauer von fünf Jahren erfolgen. Nach Ablauf dieser fünf Jahre ist eine Weiterbestellung zulässig.

Sollte sich jemand in dieser Zeit für diese Funktion als ungeeignet oder unfähig herausstellen, dann soll keine Weiterbestellung erfolgen. Dazu braucht es ein Gutachten der Objektivierungskommission, wobei die Landesregierung an dieses Gutachten der Objektivierungskommission nicht gebunden ist.

Ich denke, das ist schon ein Vorgeschmack auf den nächsten Tagesordnungspunkt, wenn wir das Objektivierungsgesetz diskutieren. Wenn keine so genannte Nichtbewährung ausgesprochen wird, dann erfolgt eine Weiterbestellung.

Was steckt hinter dieser Regelung? Wir haben das sehr ausgiebig diskutiert. Beim ersten Hinschauen ist man vielleicht relativ rasch geneigt, einer Befristung etwas abzugewinnen, weil dahinter ein Leistungsanreiz vermutet werden könnte. Aber, ich frage mich, warum hat man in der Vergangenheit Beamtinnen und Beamte durch Unkündbarkeit und durch Versetzungsschutz geschützt?

Ich selbst bin seit meinem Engagement bei den Grünen als Beamtin in meiner Arbeit als Lehrerin sehr unter Druck gekommen. Ich war sehr froh, dass ich hier geschützt war. Gegen diese Willkür, die ich erleben musste und der ich ausgesetzt war, konnte ich mich dadurch besser wehren und hatte eigentlich dadurch eine gute Möglichkeit, mich auch politisch zu engagieren. Das hätte ich vielleicht sonst in der Form nicht tun können.

Eine Pragmatisierung ist allgemein schlecht. Unterstützt werden die faulen und ungeeigneten Beamtinnen und Beamten, die, wenn sie erst einmal irgendwo sitzen, nicht mehr arbeiten oder nicht mehr richtig arbeiten wollen. Unter diesem Aspekt hört sich eine Befristung sicher sehr gut an. Aber, was bedeutet eigentlich eine befristete Funktionsdauer? Wie muss man sich verhalten, damit man nach fünf Jahren nicht vielleicht in die Situation kommt, ungeeignet und unfähig zu sein, und sich somit nicht bewährt zu haben?

Was passiert mit einem Bezirkshauptmann, der unter einem sehr starken Druck steht? Hier sitzen Bürgermeister aus den einzelnen Bezirken. Was heißt das? Was heißt das, sich auch einem politischen Druck auszusetzen, ohne jetzt zu werten? Es ist ein Sinn hinter diesem Versetzungsschutz und hinter dieser Schutzfunktion, sodass man nicht unbedingt jetzt sozusagen willfährig sein muss oder sich vielleicht einmal hier oder da eine Entscheidung abringt, die man vielleicht sonst nicht hätte treffen müssen oder treffen hätte wollen, wenn man doch eine unbefristete Position hat.

Wird demnach vielleicht ein Abteilungsleiter politische gewünschte Entscheidungen mehr berücksichtigen müssen, wenn er weiß, dass er nach fünf Jahren wiederbestellt werden muss? Das alles ist dabei mit zu bedenken. Von politischer Seite wird oft argumentiert, dass es Leute in Leitungsfunktion gäbe, die dann eben nichts mehr arbeiten, wenn sie diese einmal erreicht haben oder eben ungenügend arbeiten.

Erstens einmal sollte man sich vielleicht überlegen, ob man die Leute wegen ihrer Parteizugehörigkeit oder doch vielleicht stärker wegen ihrer Qualifikation für eine Funktion auswählt. Wenn im Vorhinein nicht schon entschieden ist, wer eine Funktion bekommt, würden sich vielleicht auch viele andere, wenn sie eine echte Chance hätten, etliche gut qualifizierte Leute für eine Funktion bewerben. Dann ist die Gefahr vielleicht einer Fehlbesetzung nicht so leicht gegeben.

Außerdem gibt es, wenn jemand in seinem Job wirklich unfähig und ungeeignet ist, Möglichkeiten, hier auch disziplinar oder dienstrechtlich vorzugehen und hier möglicherweise auch jemanden aus einer Position zu entfernen, sollte sich das tatsächlich herausstellen.

Wir werden dem Beamten-Dienstrecht aus diesem Grund unsere Zustimmung nicht erteilen. *(Beifall bei den Grünen)*

Präsident Walter Prior: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Johann Tschürtz das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ): Herr Präsident! Werte Damen und Herren Abgeordnete! Wir stehen jedes Jahr hier und verabschieden immer eine kleine Änderung im Bereich des Landesvertragsbedienstetengesetzes und des Landes-Beamtendienstrechtsgesetzes.

Vorab möchte ich noch etwas zur Aktion „Stopp dem Postenschacher“ bemerken. Ich glaube, dass wir dann beim Punkt Objektivierungsgesetz dann näher darauf eingehen werden. Nur kann ich hier festhalten, dass die Aktion Postenschacher eher eine Aktion

der Opposition und nicht einer Regierungspartei wäre. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Ich werde aber dann beim entsprechenden Punkt näher darauf eingehen und einige Fakten auf den Tisch legen. Das ist nämlich eine reine Oppositionssituation. Man sollte viel eher daran gehen, nachzudenken, und das ist eine Grußbotschaft an die ÖVP, endlich einmal den Proporz abzuschaffen, dann habt Ihr auch die Berechtigung, so eine Aktion zu starten.

Zum Landesvertragsbedienstetengesetz selbst gibt es natürlich unterschiedliche Meinungen. Die Frau Abgeordnete Krojer ist gegen die Befristung.

Ich kann natürlich auch diesen Äußerungen einiges abgewinnen, jedoch glaube ich, dass eine Befristung sehr zeitgemäß ist. Ich weiß, was sie meint, denn mir ist es genauso ergangen. Als ich mich in meinem Polizeiberuf politisch engagiert habe, hatte ich das Glück, unkündbar zu sein. Wäre das nicht der Fall gewesen, hätte ich wahrscheinlich die ärgsten Schwierigkeiten gehabt.

Das wäre wahrscheinlich anderen auch so ergangen. Wenn wir das mit der Abschaffung des Proporz in Verbindung bringen, wobei die ÖVP für die Beibehaltung des Proporz eintritt, dann hätte dieses befristete Dienstverhältnis einen tollen Sinn.

Dann würde sich derjenige, der eine Führungsfunktion innehat, auch nicht der gegebenen Regierung sozusagen unterwerfen, weil man das nächste Mal nicht weiß, wer dann in der Regierung ist. Das heißt, dann hat das sehr wohl einen Sinn.

Nun aber zum Landesvertragsbedienstetengesetz. Es ist so, dass im Landesvertragsbedienstetengesetz das Ziel ist, dass sämtliche Bestimmungen in der Rechtsordnung, die, zum Beispiel, Menschen mit Behinderung benachteiligen, beseitigt werden. Das ist in Ordnung. Es ist auch das Ziel der Schaffung gesetzlicher Ausbildungs- und Prüfungsvorschriften für Landesvertragsbedienstete, die Verpflichtung zum Abschluss der in diesem Rahmen eingerichteten Grundausbildung und die Schaffung einer tauglichen gesetzlichen Grundlage für die Gewährung der bisher sondervertraglich aufgrund von Beschlüssen der Landesregierung ausbezahlten Ergänzungszulagen an Landesvertragsbedienstete in Ordnung.

Das heißt, es gibt eine Fülle von Änderungen, die wir begrüßen und für gut halten. Es gibt, zum Beispiel, auch das Ziel der leistungsgerechten und funktionsorientierten Entlohnung für Landesvertragsbedienstete. Das heißt, es gibt schon ein Paket, das auch unsere Zustimmung findet. Es gibt natürlich auch einige Passagen, wo wir nicht einverstanden sind.

Das Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz hat natürlich schon auch diesen unmittelbaren Zusammenhang mit dem Objektivierungsgesetz. Dieses Objektivierungsgesetz, das heute noch auf der Tagesordnung steht, bietet, leider Gottes, in Zukunft dann jede, ich sage jetzt einmal bewusst provokant, Manipulationsmöglichkeit. Daher werden wir natürlich dort schon unsere Bedenken anmelden.

Das Gemeindebedienstetengesetz, wie schon angesprochen, hat natürlich auch einige Ziele, wie, zum Beispiel, die Herbeiführung einer sprachlichen Gleichbehandlung von Frauen und Männern im Gemeindebedienstetengesetz. Das ist ja das immer geforderte Gender-Mainstreaming.

Die Anpassung der Verordnungsermächtigungen an die geänderte Rechtslage im Landes- und Gemeindebeamten und Beamten-Pensionsrecht ist die Schaffung einer Rechtsgrundlage für sachlich rechtfertigte Ausnahmen der Gemeindebediensteten von

einzelnen Dienstrechtvorschriften der Landesbediensteten oder das Ausscheiden von überholtem Rechtsgut.

Das heißt, da gibt es schon einiges, was hier repariert wird. Grundsätzlich muss man sagen, dass, wenn man es im Gesamten bewertet, es schon diesen Negativtouch gibt, den wir dann auch noch in Punkto Objektivierungsgesetz ansprechen werden. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsident Walter Prior: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Oswald Klikovits das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Oswald Klikovits (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Anwesenheit hier im Saal zeigt offensichtlich, dass das Thema Beamten-Dienstrechtsgesetz, Vertragsbedienstetengesetz und das Gemeindebedienstetengesetz nicht überall Anklang findet und nicht so spannend sein dürfte, wie ich persönlich meine, dass es tatsächlich ist.

Es ist hinter diesem, wie ich zugebe, „Reformleinchen“ sehr viel, was, meiner Meinung nach, auch politisch aufgearbeitet und die eine oder andere Diskussion schon auch noch hervorrufen wird. Vor allem, wenn es darum geht, und wir werden heute noch die Objektivierung diskutieren, ein bisschen Licht in das Dunkel des Demokratieverständnisses von Dienstgebern und mehr einzubringen.

Wenn die Frau Kollegin Krojer und der Herr Kollege Tschürtz der Auffassung sind, dass die 5-Jahresfrist für die Landesbeamten beziehungsweise für die Vertragsbediensteten hinderlich ist, so glaube ich nicht, Frau Kollegin, Herr Kollege, dass künftighin bei einer möglichen Einführung der 5-Jahresfrist weniger Beamte im Burgenländischen Landtag sitzen werden.

Im Übrigen ist die Frist für die Mitglieder des Burgenländischen Landtages ebenfalls fünf Jahre und das ist gut so. Auch hier ist diese Begrenzung festgelegt, wenn auch aus anderen Überlegungen.

Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Die angesprochenen Gesetze sind, außer in Wien, in Salzburg und in Kärnten, bereits in anderen Bundesländern ordentlich diskutiert und auch als echte Reformen umgesetzt. Dort wurden alle politisch Verantwortlichen miteingebunden. Dort wurde, und das erscheint mir angesichts unserer Realitäten besonders wichtig, auch die Personalvertretung miteingebunden.

Dort wurden auch die Mitarbeiter in einen Prozess eingebunden, der über mehrere Jahre gelaufen ist. Nur deshalb, weil das in diesem Zeitraum passiert ist, gibt es auch einvernehmliche Lösungen zwischen dem Dienstgeber, also der Vertretung des Landes, und den Dienstnehmern, unseren Mitarbeitern als Vertragsbedienstete oder Beamte, Beamtinnen in den einzelnen Regierungsstellen.

Und ich persönlich gehe davon aus, dass unsere Mitarbeiter nicht nur höchst motiviert sind, sondern aus eigener Erfahrung weiß ich, dass sie nicht nur motiviert, sondern fleißig, objektiv und vor allem auch bürgernah sind. Und ich möchte auch die Gelegenheit benutzen um ihnen dafür ein herzliches Dankeschön auszusprechen. Wir werden weiterhin dafür sorgen, dass sie auch unter besten Rahmenbedingungen ihre Arbeit weiter so verrichten können. *(Beifall bei der ÖVP)*

Hohes Haus! Wenn ich vorhin erwähnt habe, dass in den anderen Bundesländern dementsprechende Reformen bereits umgesetzt sind, so ist das im Burgenland, wie in vielerlei Angelegenheiten, leider Gottes, anders.

Zur Chronologie: Als ich im Mai 2004 in den Burgenländischen Landtag gekommen bin, war es eine meiner vornehmsten Aufgaben, bereits im Oktober, mit der Umsetzung einer Reform, einer Besoldungsreform und ein Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz und ein Vertragsbedienstetengesetz zu verhandeln.

Damals gab es SPÖ und ÖVP. Und es hat, meiner Meinung nach, sehr, sehr gut begonnen. Es hat umfangreiche Unterlagen gegeben, von den zuständigen Beamten damals, mit Hofrat Prinke, der federführend war, ich habe einen Teil davon in meinem Ordner mit. Da gibt es schon mehrere andere Unterlagen und wir haben diskutiert, wie wir eine ordentliche Reform umsetzen können.

Und, leider Gottes, oder wahrscheinlich weil die Wahlen angestanden sind im Jahr 2005, ist es nach drei Verhandlungsrunden immer stiller und ruhiger um einen eifrigen Reformprozess geworden, bis hin zu dem Wahltag, als die Sozialdemokraten, die Sozialisten die absolute Mehrheit errungen haben, und damit die endgültige Funkstille im Zusammenhang mit einer Besoldungsreform passiert ist.

Und dann, jetzt vor kurzem, plötzlich geschah das wundersame, die SPÖ brachte noch kurz vor Weihnachten einen Dringlichkeitsantrag ein, um ein Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz, ein Gemeindebedienstetengesetz und ein Vertragsbedienstetengesetz, sozusagen als Reform dringlich zu beschließen.

Also, was diese vernudelte Regierungsvorlage auf einmal dringlich gemacht hat, ist mir bis heute nicht erklärlich. Wahrscheinlich ist es wieder so, dass der Herr Landeshauptmann, er ist leider nicht hier, als zuständiges Regierungsmitglied und als oberster Personalchef aller Landesbediensteten, wieder ein Versäumnis für sich erkannt hat.

Oder er ist wieder nicht der Versuchung unterlegen, mit seiner absoluten Mehrheit, noch schnell ein Gesetz zu beschließen, dass er gegen die Mitarbeiter, gegen die Personalvertretung und gegen die anderen Parteien hier im Hohen Landtag noch schnell durchdrücken kann. Das scheint offensichtlich auch die Motivation gewesen zu sein.

Oder ist es wieder einmal die notorische Geldknappheit, die dieses Land permanent plagt, weil die SPÖ die Finanzen mit ihrer absoluten Mehrheit wieder nicht in den Griff hat?

Oder, Herr Landeshauptmann in Abwesenheit, sozusagen posthum Diskussion, möchte ich Sie fragen: Ist es gar, sozusagen die politische Unfähigkeit, mit anderen zu reden und zu verhandeln? Mit anderen meine ich die Personalvertretung, meine ich die Gewerkschaftsvertretung, oder ist es gar die Unfähigkeit, bessere Vorschläge mit aufzunehmen? Und ich frage mich wovor sich der Herr Landeshauptmann fürchtet, vor Mitsprache, vor höheren Kosten, vor Demokratie?

Ich würde den Herrn Landeshauptmann gerne fragen, wer die Gewinner und wer die Verlierer dieses „Reformleinchens“ sind? Denn, wenn man von Kostenneutralität spricht, dann muss es ja sozusagen jemanden geben, den man etwas nimmt, damit man es einem anderen geben kann.

Ob das, sozusagen der Weisheit letzter Schluss ist, frage ich mich und es wäre schön, wenn wir das alles bereits diskutieren hätten könnten, aber der Herr Landeshauptmann hat es offensichtlich so eilig gehabt, dass er diese dringliche Regierungsvorlage eingebracht hat, gegen die Personalvertretung, ohne Anhörung und damit auch gegen die Rechte der Mitarbeiter hier in diesem Hohen Haus.

Es gibt eine gesetzliche Grundlage, Hohes Haus, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, vor allem Kollegin Krojer, weil Sie gesagt haben, das

Landesvertragsbedienstetengesetz ist hoffentlich mit der Einbindung und mit der Zustimmung der Landespersonalvertretung passiert. Das ist natürlich nicht der Fall. Denn es ist außergewöhnlich und ein Rechtsbruch, dass zur Beratung der Regierungsvorlage die Landespersonalvertretung, zumindest bis gestern, nicht eingebunden wurde, obwohl sie dafür das verbriefte Recht dazu hat.

Das verbriefte Recht im § 8 Abs. 1, das ist für den Herrn Landeshauptmann, damit er das nachvollziehen kann, und lit. 3 das verbriefte Recht im § 9 Abs. 2 lit. L und das verbriefte Recht im § 10 Abs. 1, 2. Dort steht nämlich drinnen, dass im Zusammenhang mit Änderungen von Gesetzen, die die Mitarbeiterschaft betreffen, dementsprechend die Landespersonalvertretung einzubinden ist. *(Abg. Christian Illedits: Das war in Begutachtung.)*

Herr Kollege Illedits, *(Abg. Christian Illedits: Das war in Begutachtung.)* Sie haben die Begutachtung ausgeschaltet, indem Sie einen Dringlichkeitsantrag eingebracht haben. Das ist überhaupt das Letzte, wie man mit Personalvertretern und Mitarbeitern hier im Hohen Haus umgehen kann.

Aber, dass Sie *(Abg. Christian Illedits: Was haben wir gemacht und was haben wir eingebracht?)* sozusagen eigenen Zugang zur Demokratie haben, das beweisen Sie aufs tägliche und das brauchen Sie uns auch in diesem Zusammenhang nicht beweisen.

Was mich in diesem Zusammenhang tatsächlich stört, ist der Umstand, dass die Landespersonalvertretung für diese Gesetzwerdung nicht eingebunden *(Abg. Christian Illedits: Dringlichkeit.)* wurde. *(Beifall bei der ÖVP)*

Herr Kollege Illedits, das können Sie nachlesen, Sie sind ja der Obergescheite. *(Abg. Christian Illedits: Dringlichkeitsantrag.)* Sie sagen uns ja auch, wir kennen uns *(Abg. Christian Illedits: Was reden Sie denn schon wieder?)* nicht aus und wir sind die „Wappler“, und so weiter, also tun Sie das. Das können Sie nachlesen. *(Abg. Christian Illedits: Dringlichkeitsantrag. Für das Protokoll zum nachzulesen.)* Ich gebe es Ihnen dann gern, ich trage gern zur intellektuellen Ausbildung Ihrerseits bei. Was ja auch gar nicht so schädlich ist.

Und, ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, vor allem auch von der SPÖ-Fraktion, ich erwarte mir, und bin sehr, sehr neugierig, was unsere großen Gewerkschaftsvertreter hier im Hohen Haus zu diesem Umstand, dass die Landespersonalvertretung nicht eingebunden wird, sagen werden.

Frau Kollegin Sack, weil Sie hier gerade herinnen sind, als Arbeiterkammerrätin. Ein verbrieftes Recht der Gewerkschaft, ein verbrieftes Recht der Arbeitnehmervertretung gehört zu werden und ein moralisches Recht, meiner Meinung nach, auch der Politik, das ist in jedem Fall wahrzunehmen.

Sie werden heute ein Gesetz beschließen, dass möglicherweise gegen die Interessen Ihrer Kolleginnen und Kollegen aus der Landespersonalvertretung eingeführt wird. Ich gratuliere Ihnen dazu.

Sie sollten endlich einmal zur Kenntnis nehmen und sich dafür entscheiden, ob Ihnen der Parteigehorsam wichtiger ist, als die moralische Unterstützung *(Abg. Christian Illedits: Das sagen Sie uns?)* der für Sie gewählten Menschen. *(Abg. Christian Illedits: Na, wenn Sie das sagen. - Beifall bei der ÖVP)*

Und dasselbe gilt für den Kollegen Gossy. Er ist jetzt wahrscheinlich bei einem Gewerkschaftsseminar, wo er möglicherweise lernt, wie man sich ordentlich als Gewerkschafter, auch hier im Hohen Haus verhält, denn er ist ein bezahlter

Gewerkschaftsfunktionär. Und er lässt heute zu, dass die Rechte der Personalvertretung mit Füßen getreten werden.

Das ist zwar genauso, wie wir das aus der Situation der Gewerkschaftsbewegung in der Vergangenheit kennen. So sind auch die BAWAG-Millionen in der Karibik versenkt worden, weil die gewerkschaftliche Moral am Tiefpunkt ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der sozialdemokratischen Fraktion, Sie sollten wirklich hinterfragen, wie weit Sie es noch mit verbrieften, gewerkschaftlichen Rechten hier im Hohen Haus halten. *(Unruhe bei der SPÖ)*

Und wenn der Herr Bundeskanzler Gusenbauer erst vor kurzem erklärt hat, er wurde ausgepiffen dafür, ja, er stellt sich an die Spitze der moralischen Pyramide, dann ist das wirklich wieder ein Lachakt der Sonderklasse. Mit der moralischen Einstellung, die er an den Tag bringt, liegt er bestenfalls in der Grabkammer der Pyramide, in der moralischen Grabkammer nahe der Hölle, aber das ist sein Problem *(Unruhe bei der SPÖ - Abg. Christian Illedits: Haben Sie sieben Jahre Schlüssel vergessen, was der gemacht hat?)* und das kennen wir auch aus der Vergangenheit.

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Abg. Christian Illedits: Haben Sie schon wieder Gedächtnisschwund?)* Diese Gesetze, die hier - der Herr Kollege Gossy ist jetzt da - diese Gesetze, die hier angesprochen werden, haben natürlich ihren Ursprung und auch viele positive Dinge beinhaltet.

Wir werden dem Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz und dem Gemeindebedienstetengesetz zustimmen, weil es hier nur eine kleine formale, *(Abg. Johann Tschürtz: Wieso?)* aus unserer Sicht, Veränderung ist. Aber wir werden dem Landesvertragsbedienstetengesetz nicht zustimmen. *(Abg. Johann Tschürtz: Gerade haben Sie etwas anderes gesagt.)*

Wir werden dem Landesvertragsbedienstetengesetz deswegen nicht zustimmen, weil noch sehr, sehr viele Fragen offen sind und uns ist es wichtig, dass gerade in diesem Bereich, der sehr, sehr viele Mitarbeiter betrifft, auch noch mit der Personalvertretung gesprochen werden soll.

Es ist ja tatsächlich so, dass wir im Ausschuss einen Vertagungsantrag eingebracht haben und wollten, dass diese Diskussionen noch einmal zur Sprache kommen.

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie gesagt, diese Änderungen der Gesetze sind leider nur ein Teil von Notwendigkeiten, denen wir insgesamt, glaube ich, hier im Hohen Haus, als Reform, als Besoldungsreform und Reform für unsere Mitarbeiter viel breiteren Raum schenken sollten.

Und, wir werden heute ja noch darüber diskutieren unter dem Titel „Stopp den Postenschacher“, das Objektivierungsgesetz, *(Abg. Christian Illedits: Welcher Titel? Auf der Tagesordnung gibt es den nicht.)* und der Herr Kollege Strommer wird das Seinige dazu noch sagen.

Es ist unser Ansatz, Hohes Haus, dass wir zwar für Veränderungen sind, dort wo Veränderungen notwendig sind, im Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz, im Vertragsbedienstetengesetz, aber wir wollen das unter größtmöglicher Einbindung aller politischer Gruppierungen hier im Hohen Haus.

Und wir wollen das vor allem unter größtmöglicher Einbindung und auch der gesetzlich verbrieften Einbindung unserer Landespersonalvertretung und aller Mitarbeiter. Nur so ist es möglich auch ein Gesetz zu schaffen, das Zufriedenheit schafft, das ordentlich ist, und das von allen akzeptiert wird und nicht nur von einer Organisation. *(Beifall bei der ÖVP)*

Hohes Haus, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe bereits unser Abstimmungsverhalten erwähnt und ich hoffe, dass vor allem die Gewerkschaftsfraktion in der SPÖ noch einmal in sich geht und ihre Tugenden erkennt, damit nicht passiert, was nicht passieren darf, dass Personalvertreter von ihrem Recht ausgeschlossen werden und gegen sie ein derartiges Gesetz beschlossen wird. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Landtagsabgeordnete Ewald Gossy zu Wort gemeldet.

Ich möchte aber gemäß § 65 GeOLT darauf hinweisen, dass diese Berichtigung die Dauer von fünf Minuten nicht überschreiten darf.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ewald Gossy (SPÖ): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe natürlich gehört, was der Kollege Klikovits hier von sich gegeben hat und muss mich dazu schon zu einer tatsächlichen Berichtigung melden.

Wahrscheinlich schneiden Sie an, Kollege Klikovits, den Zeitungsartikel heute im „Kurier“ und der „Kronen Zeitung“, wo ich dem Kollegen Sulyok vorgeworfen habe *(Abg. Andrea Gottweis: Davon war keine Rede. - Abg. Oswald Klikovits: Davon war gar keine Rede. Wärst Du da gewesen, hättest Du es gehört. Das ist keine tatsächliche Berichtigung. - Allgemeine Unruhe)* Ich sage nur, ich habe nur gesagt, wahrscheinlich.

Ja, ich habe nur gesagt wahrscheinlich, na werden Sie nicht gleich nervös. *(Abg. Oswald Klikovits: Das ist keine tatsächliche Berichtigung! - Allgemeine Unruhe - Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Herr Kollege Gossy! *(Allgemeine Unruhe - Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Abgeordneter Ewald Gossy (SPÖ) (fortsetzend): Ich habe mich zu einer tatsächlichen Berichtigung gemeldet... *(Abg. Oswald Klikovits: Das ist keine tatsächliche Berichtigung - Allgemeine Unruhe - Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Herr Kollege Gossy! Wenn ich mit der Glocke läute, dann haben Sie bitte für diese Zeit mit Ihrer Ausführung zu enden.

Ich darf darauf hinweisen, dass im § 65 drinnen steht, dass eine tatsächliche Berichtigung mit der Wiedergabe der zu berichtigten Behauptung zu beginnen ist, und hat dieser Behauptung den berichtigten Sachverhalt gegenüberzustellen. Verstößt ein Redner gegen diese Bestimmung, ist ihm durch den Präsidenten das Wort zu entziehen.

Ich bitte Sie, diese Stelle zu nennen und die Berichtigung zu sagen. Sie können dann weiter ausführen, aber Sie müssen schon sagen, worauf Sie sich konkret beziehen.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ewald Gossy (SPÖ) (fortsetzend): Okay, Kollege Klikovits hat gemeint, dass ich bezahlter Gewerkschaftsfunktionär bin. Das stimmt nicht, Herr Kollege Klikovits. Ich bin nicht bezahlter Gewerkschaftsfunktionär, ich bin bezahlter hauptberuflicher Gewerkschaftssekretär. Also hauptberuflich kein Funktionär, weil meine Funktion nicht gewählt wurde, sondern ich wurde aufgenommen, wie eben ein Parteisekretär oder andere Leute auch aufgenommen werden.

Das vielleicht dazu, Kollege Klikovits. *(Abg. Oswald Klikovits: Das verbessert die Situation aber nicht für Sie.)* Und zu dem stehe ich auch. Ich glaube, es steht eindeutig im Gesetz, dass man zu seinem politischen Mandat auch einen Beruf ausüben kann. Sie

üben ja auch einen Beruf aus. Ich weiß nicht was für einen ganz konkret, das können Sie uns ja erklären. Aber ich halte mich da strikt an das Gesetz.

Es stimmt, ich bin hauptberuflich beim ÖGB beschäftigt, bin aber kein Funktionär. Und das auch vielleicht zur Doppelmoral von der ÖVP. Ich habe mich nicht wählen lassen in ein Arbeiterkammer-Mandat, oder habe mich auch nicht entschlossen, zu kandidieren als Landessekretär, weil als Abgeordneter und als ÖGB-Beschäftigter, mir das vollkommen reicht. Wenn sich Andere berufliche Vorteile durch Ihr Mandat verschaffen, dann ist das à la ÖVP „Stopp den Postenschacher“. (*Abg. Oswald Klikovits: Was soll das jetzt?*)

Das haben Sie ja hier total gezeigt. (*Unruhe bei der ÖVP*) Und so weit auch, (*Abg. Oswald Klikovits: Wer ist den das? Das ist eine Lüge.*) das zu meiner tatsächlichen Berichtigung, das ich kein Funktionär bin, sondern hauptberuflich Gewerkschaftssekretär bin. (*Beifall bei der SPÖ*)

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Landtagsabgeordneten Vinzenz Knor das Wort. (*Abg. Ewald Gossy: Ihr müsst einmal den Unterschied lernen zwischen Funktionär und Sekretär. - Abg. Oswald Klikovits: Das ist ja noch ärger.*)

Abgeordneter Vinzenz Knor (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Klikovits! Das mit der Dringlichen, werden Sie uns noch erklären müssen in diesem Bereich, was Sie da gemeint haben. (*Abg. Oswald Klikovits: Was?*)

Zu den anderen Bundesländern werde ich beim nächsten Tagesordnungspunkt ausführlich Stellung nehmen, damit Sie wissen, wie das in den anderen Bundesländern mit der Objektivierung läuft. Vor allem in jenen Bundesländern wo Ihre Partei die Mehrheit hat. Da werden Sie dann schauen und hoffentlich einmal zur Wahrheit kommen.

Was mir wieder aufgefallen ist, dass die ÖVP Burgenland schon wieder auf dem Wege der politischen Kindesweglegung ist. Begonnen mit der Geburtenstation, abgestimmt im Nationalrat, abgestimmt im Landtag, dann steht man in einer Kette und man tritt dagegen auf.

Dasselbe ist passiert in der Schule. Das wird heute noch diskutiert werden. Das ist geschehen beim Straßengesetz des Landes, wo dann Kreisverkehre vom Land gefordert werden, obwohl man selbst mitgestimmt hat und weiß, wie diese Bezahlung zu erfolgen hat.

Und das Nächste ist jetzt passiert, wo Sie sagen, die Personalvertretung war nicht mit eingebunden. Herr Kollege Klikovits, es gibt eine Stellungnahme des Landespersonalausschusses vom 12. März 2007 zu diesen Punkten. Ich hoffe sie ist Ihnen bekannt. (*Abg. Oswald Klikovits: Sie ist mir bekannt. Aber das ist nicht zu diesem Gesetz.*)

Und wenn sie Ihnen nicht bekannt ist, dann suchen Sie sich das jedenfalls heraus bevor Sie hier herauskommen und Unwahrheiten behaupten. (*Abg. Oswald Klikovits: Sie sagen die Unwahrheit!*) Sie agieren mit einer politischen Unwahrheit und das ist schwer zurückzuweisen. Diese Unwahrheiten, die Sie ununterbrochen hier vom Rednerpult abgeben. (*Beifall bei der SPÖ - Abg. Oswald Klikovits: Das ist ein Witz mit denen. - Abg. Ewald Gossy: Das ist wirklich ein Witz mit Euch.*)

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Wir debattieren heute die Änderung in dem Gemeindebedienstetengesetz, im Landesvertragsbedienstetengesetz, sowie im

Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz. Im Gemeindebedienstetengesetz soll es zu folgenden Änderungen kommen:

Es sollen die personenbezogenen Ausdrücke im Gesetz geändert werden. Weiters soll es eine Anpassung der Verordnungsermächtigung der Landesregierung an die geänderte Rechtslage geben.

Der Gesetzgeber hat schon bisher die Erlassung der Durchführungsverordnung im Pensionsrecht der Gemeindebeamtinnen und Gemeindebeamten, sowie der Beamtinnen und Beamten der Freistädte Eisenstadt und Rust im Interesse der Einheitlichkeit, der Vollziehung der Landesregierung übertragen.

Nun soll die Landesregierung ermächtigt werden, für den genannten Personenkreis auch die im Landespensionsgesetz 2002 vorgesehene Höchstbeitragsgrundlage in ruhe- und versorgungsrechtlichen Angelegenheiten festsetzen.

Damit soll gewährleistet werden, dass das für die Landesbediensteten, aber auch für die Gemeindebediensteten geltende Gesetz, einheitlich vollzogen wird. Das Gemeindebedienstetengesetz 1971 erklärt die für das Dienstrecht der Landesbediensteten geltenden Rechtsvorschriften als auf die Gemeindebediensteten anwendbar.

Da es aber einzelne Regelungen gibt, die für Gemeindebedienstete nicht oder nur mit Abweichungen gelten sollen, sind Sonderbestimmungen im Gemeindebedienstetengesetz 1971 erforderlich. Die werden heute beschlossen.

Die Grundausbildung der Gemeindebediensteten weicht nämlich wesentlich, von der Grundausbildung 2010 der Landesbediensteten ab. Der Abschluss der Grundausbildung ist die Voraussetzung für die Ergänzungszulage für die Landesbediensteten.

Diese Ausbildungsvorschriften sind für die Gemeindevertragsbediensteten nicht anzuwenden. Daher ist dieser Personenkreis vom Anwendungsbereich der gesetzlichen Ergänzungszulagenregelung auszunehmen.

Ergänzungszulagen können aber auf Basis entsprechender Regierungsbeziehungsweise Gemeinderatsbeschlüsse als Sondervertragsentgelte an die Gemeindebediensteten dann ausbezahlt werden.

Hohes Haus! Kolleginnen und Kollegen! Auch das Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997 soll in einigen Bereichen geändert werden. Es sollen nämlich jene Bestimmungen wegfallen, die Menschen mit Behinderungen benachteiligen.

Die dienstrechtlichen Rahmenbedingungen für die befristete Bestellung von Abteilungsvorständinnen und -vorständen und von Bezirkshauptfrauen und Bezirkshauptmännern sollen geschaffen werden.

Im Landesvertragsbedienstetengesetz gibt es auch einige Änderungen. Es werden auch hier diese Bestimmungen geändert, die Menschen mit Behinderungen benachteiligen.

Es werden aber auch gesetzliche Ausbildungsvorschriften für die Landesvertragsbediensteten geschaffen. Und es gibt die Verpflichtung zum Abschluss der in diesem Rahmen eingerichteten Grundausbildung. Das ist natürlich zu begrüßen.

Die Ergänzungszulage die derzeit durch Regierungsbeschlüsse geregelt ist, wird in das Gesetz übernommen. Das ist sicher etwas sehr Positives für die Bediensteten.

Für die Vertragsbediensteten der Entlohnungsgruppe a und b wird eine Funktionszulage eingeführt. Diese Funktionszulage findet mit Berücksichtigung bei der Abfertigung und Jubiläumszuwendung und ist somit Teil des Gehaltes und wird 14-mal ausbezahlt. Sie ist quasi ein finanzieller Ausgleich für die Spitzenposition der Landesvertragsbediensteten gegenüber den Landesbeamten.

Wir sehen, dass es in diesen Gesetzen einige Verbesserungen gibt. Wir werden diesen Gesetzänderungen unsere Zustimmung erteilen. Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ)*

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Wortmeldungen liegen keine mehr vor. *(Abg. Oswald Klikovits: Oja, ich habe mich gemeldet.)*

Man muss für Wortmeldungen üblicherweise nach vorne kommen und sich melden. Diese Wortmeldung war mir nicht klar. *(Abg. Oswald Klikovits: Entschuldigung, ich habe aufgezeigt.)*

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Oswald Klikovits (ÖVP): Ja, Frau Kollegin. *(Abg. Inge Posch: Wir sind nicht in der Schule mit dem Aufzeigen.)* Danke für den Hinweis, Sie sind alle so nett. *(Abg. Inge Posch: Nein! - Heiterkeit bei der SPÖ)* Dass Sie auch ein bisserl brav sind. Aber das ist wahrscheinlich ein vergeblicher Hilferuf.

Ich möchte nur auf das, was der Herr Kollege Knor gesagt replizieren. Damit es auch wirklich hier klar gestellt ist, was den Landespersonalvertretungsausschuss und dieses Schreiben betrifft, Herr Kollege Knor. Ich habe es da natürlich vor mir, vom 12. März 2007. Ich bin mindestens so informiert wie Sie, auch wenn Sie das nicht glauben mögen, nur das hat mit dem heutigen Gesetz und mit den drei, heute zu beschließenden Gesetzen, überhaupt nichts zu tun. Das müssen Sie halt einmal zur Kenntnis nehmen.

Das was da vorgelegt worden ist, und der Herr Kollege Illedits hat es ja schon treffend gesagt, da ist keine Begutachtung dazu abzugeben gewesen.

Sie haben verhindert, erstens einmal, dass da jetzt sozusagen die Personalvertretung über die Dringlichkeit nicht gehört wird. Trotzdem ist es notwendig, dass die Landespersonalvertretung gehört wird, zu diesen drei vorliegenden Gesetzen. Bis heute wurde sie nicht gehört. *(Abg. Christian Illedits: Das sind nicht dringliche Anträge.)*

Da oben stehen ja die Personalvertreter, auf der einen Seite die zwei Roten und auf der anderen Seite die zwei Schwarzen, in gemeinsamer Eintracht *(Abg. Christian Illedits: Diese Anträge sind nicht dringlich.)* und die werden Ihnen jetzt bestätigen können, das es so ist.

Sie haben die Landespersonalvertretung... *(Abg. Christian Illedits: Diese Anträge sind nicht dringlich!)* Herr Kollege Illedits, *(Abg. Christian Illedits: Die sind nicht dringlich.)* auch wenn es noch so weh tut, ich verstehe das. Als Sozialdemokrat täte mir das auch weh, wenn sozusagen, wofür ich über 100 Jahre gekämpft habe, Herr Kollege, okay... *(Abg. Christian Illedits: Wir stehen auch dazu.)*

Wofür die Sozialdemokratie über 100 Jahre gekämpft hat, wird jetzt sozusagen mit dieser Vorgehensweise ausgeschaltet. *(Abg. Christian Illedits: Was haben Sie gemacht die letzten sieben Jahre?)* Ich verstehe, dass Ihnen das weh tut. Mir tut es auch weh, Herr Kollege Gossy, und ich habe Sie nur darauf angesprochen.

Ich schätze Ihre Tätigkeit als Gewerkschaftssekretär. Nur verwundert es mich, dass Sie sich hier und die Frau Kollegin Sack, auch nicht in Ihrem eigenen Klub dagegen

wehren, und die Landespersonalvertretung bei einer Gesetzwerdung ausgeschlossen wird.

Das ist das, was uns sozusagen stört, wogegen wir Protest erhoben haben. Wo wir gesagt haben, deswegen können wir auch dem Vertragsbedienstetengesetz nicht zustimmen und wollten zurück an den Start und eine Einbindung.

Und deswegen werden wir dem Gesetz nicht zustimmen. Man kann sich Demokratie nicht aussuchen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Die Herren Berichterstatter haben das Schlusswort.

Herr Landtagsabgeordneter Knor ist Berichterstatter zum 2. und 3. Punkt der Tagesordnung. Bitte Herr Abgeordneter. *(Abg. Vinzenz Knor: Ich verzichte!)*

Danke Herr Abgeordneter. Sie verzichten zu diesem Tagesordnungspunkt.

Herr Landtagsabgeordneter Mag. Georg Pehm ist Berichterstatter zum 4. Punkt der Tagesordnung. Bitte Herr Abgeordneter. *(Abg. Mag. Georg Pehm: Ich verzichte!)*

Ja, Herr Kollege Pehm verzichtet auch. Dankeschön.

Die Herren Berichterstatter verzichten jeweils auf die Schlussworte, wir kommen daher zur gesonderten Abstimmung über die drei Tagesordnungspunkte. Ich lasse zuerst über den 2. Punkt der Tagesordnung abstimmen.

Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 703, mit dem das Landesvertragsbedienstetengesetz 1985 geändert wird, Zahl 19-340, Beilage 710.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Landesvertragsbedienstetengesetz 1985 geändert wird, ist somit in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Landesvertragsbedienstetengesetz 1985 geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.

Ich lasse nun über den 3. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 704, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997 geändert wird (9. Novelle zum Burgenländischen Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997), Zahl 19-431, Beilage 711, abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997 geändert wird, (9. Novelle zum Burgenländischen Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997) ist somit in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

-

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997 geändert wird (9. Novelle zum Burgenländischen Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997), ist somit auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.

Es folgt nun die Abstimmung über den 4. Punkt der Tagesordnung.

Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 701, mit dem das Gemeindebedienstetengesetz 1971 geändert wird (6. Novelle zum Gemeindebedienstetengesetz 1971), Zahl 19-428, Beilage 712.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf mit dem das Gemeindebedienstetengesetz 1971 geändert wird (6. Novelle zum Gemeindebedienstetengesetz 1971), ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

-

Der Gesetzentwurf, mit dem das Gemeindebedienstetengesetz 1971 geändert wird (6. Novelle zum Gemeindebedienstetengesetz 1971), ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.